

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Läden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 6. Juni 1931 Nummer 106

## Polizei besetzt Stempelstellen!

### Durchführung der Notverordnung beginnt . . .

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Vorabend der Verkündung der Notverordnung hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Gezelinski gestern die gesamten Arbeitnahmestellen in Berlin besetzt. Tausende von Arbeitlosen wurden der entwürdigenden Prozedur der körperlichen Visitation unterworfen, nach Waffen durchsucht und dabei Frauen und Mädchen nicht verschont. Gelunden wurde nicht.

Mit diesem Überfall auf die Arbeitnahmestellen, die immer mehr zu Zentren des revolutionären Widerstandes gegen das kapitalistische System geworden sind, will der Sozialdemokrat Gezelinski als Bundesgenosse der Brüning-Regierung jeden Widerstand gegen die Notverordnung von vornherein erstickend.

Zur gleichen Zeit, als die Polizeiwagen vor den Arbeitnahmestellen erschienen, ist das dritte Gutachten der Brauns-Kommission zur Arbeitslosenfrage bekannt gegeben worden. Dieses Gutachten, dessen Vorläufer zum Inhalt der neuen Notverordnung gemacht worden sind, nachdem die Kommission ihrem Bericht zufolge für 1931 mit einem Durchschnitt von 4,5 Millionen Erwerbslosen rechnet, also selbst jede Hoffnung auf eine Besserung der Lage fahren läßt, schlagen die famosen Sachverständigen vor, die Warteliste der Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen von 14 auf 21 Tage, bei Arbeitslosen mit 1 bis 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 Tage, bei Arbeitslosen mit mehr als 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen von 3 auf 7 Tage zu verlängern. Welcher erklärt die Kommission, daß auch eine teilweise Senkung der Unterhaltungsätze in Betracht gezogen werden müßte. Um das Maß der Verunsicherung noch zu machen, beantragt die Kommission Verlängerung der Anwartschaftszeit für Arbeiter mit beruflicher Arbeitslosigkeit von 24 auf 30 Wochen! Ferner sollen die Sozialarbeiter von nun an nur noch Reiseunterstützung und keine Hauptunterstützung mehr erhalten. Hausgewerbetreibende und Kleinrentner sollen aus der Versicherung ausgeschlossen und die Hochrentistenprüfung bei der Rentenunterstützung verschärft werden. Inzwischen hat der Reichspräsident von Hindenburg am gestrigen Freitag am späten Nachmittag seine Unterschrift unter die neue Notverordnung gesetzt und damit dem Kaiser der Reichsregierung Geheißkraft gegeben. Die Verkündung erfolgt in der heutigen Nummer des Reichsanzeigers.

Die Kampfkraft der Erwerbslosen, die mit Gemütskriegen und Anarchismus niederkämpfen werden soll, ist nur das erste Anzeichen der Sturmwehle der Massenempörung, die diese neue brutale Offenbarungs des Kapitalismus auslösen muß. Im ganzen

Reich mehren sich die Zahl der Klassenkämpfe und Erwerbslosenorganisationen. Gestern und heute haben auch in Dresden Erwerbslose ihren Empörungsschrei in den Ohren der latten Bürger gellen lassen. Überfallkommandos wurden aufgebotsen und Verhaftungen vorgenommen. Dennoch konnte ein harter Trupp Erwerbsloser in das Metallbetriebsgebiet der Reichstadt Plauen gelangen, um sich dort mit den noch in den Betrieben stehenden Metallproleten zu solidarisieren, an denen ein neuer Lohnraub vorgenommen werden soll. Immer klarer tritt die Verbundenheit, die Solidarität aller Arbeitenden zutage. Die neue Hungerverordnung droffelt alle wertvollen Schichten, gerade dadurch werden die Schaffenden zusammengeschweißt zu einer Kampfgenossenschaft.

Diese Kampfgenossenschaft findet ihr Programm, ihre Plattform in den Forderungen und Forderungen des Arbeitsbeschaffungsplanes der KPD. Dieser Arbeitsbeschaffungsplan in Verbindung mit dem Bauernhilfsprogramm ist der Aufmarschplan für die Erwerbslosen, denen die letzten Hoffnungen genommen, für die Metallproleten, denen zu den neuen Massenbeschäftigungen noch von dem Nettolohn 2 1/2 Prozent gekürzt werden sollen, für die Angestellten und Beamten, die Gehaltskürzung über sich ergehen lassen sollen, für die Bauern und Mittelständler, denen die Steuern das Letzte wegnahmen, nachdem sie durch den Zusammenbruch der Konjunktur der Massen fast alles einbüßten, was sie früher „ihre Eigentum“ nannten.

Ein gemaltige Volksfront muß aus diesem Kampf entstehen, eine breite Massenfront, an deren Spitze nur die KPD stehen kann, denn nur sie organisiert, in Verbindung mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, den Kampf der wertvollen Massen gegen die schändliche Hungeroffensive des Kapitalismus. Gegen diese Kapitaloffensive und ihre offenen und versteckten Helfershelfern, den bürgerlichen Parteien, den Führern der SPD und der Nationalsozialisten, wird sich das arbeitende Volk zur Wehr setzen, bis dieses System der Massenunterdrückung und des Massenwunders beseitigt und die Macht in den Händen des arbeitenden Volkes ruht. Dann wird es für alle Schaffenden Arbeit, Brot und Freiheit geben!

## Verfault, wie der Kapitalismus!

### Der SPD-Parteitag geschlossen

Dresden, 6. Juni.

Der Parteitag der SPD ist beendet. Hinter dem Rücken von Wels laucht Brüning auf und präsentiert die neue furchtbare Notverordnung den Volksmassen. Die hunderttausend sozialdemokratischen Arbeiter, die vom Parteitag noch etwas erwarteten, haben, die schon von seinem Ver-



Wels: „Tolerierung Brünings — oder keine Tolerierung — das ist keine Frage des Klassenkampfes.“

lauf enttäuscht wurden, beginnen jetzt den ungeheuerlichen Betrug in seiner ganzen Tragweite zu empfinden und zu erkennen.

Es war kein Parteitag der Arbeiter. Es war eine Tagung der Bonzokratie, einer schmalen arbeitervariokratischen, Kleinbürgerlichen Oberschicht.

Von 394 „Delegierten“ stellten der Parteivorstand 17, der Parteiauschuß 44, die Kontrollkommission 7, die Reichstagsfraktion 29, zusammen 97, das ist der vierte Teil mit vollem Stimmrecht. Und die übrigen, die „gewählten“? Landtagspräsident Wedel, Dresden; Bürgerhaushaltpräsident Leuterich, Hamburg; Bürgermeister; hohe Staatsbeamte; Bonzen, mit ganz wenigen Ausnahmen. Ein behäbiger, freigestellter Betriebsratsvorsitzender war schon ein seltener Einzelfall. Arbeiter der großen Betriebe, die das Wort bekommen hätten, einfache Arbeiter von Siemens, von Leunawerk, von Krupp, von Blohm u. Ross, von Seidel u. Raumann, so etwas gab es überhaupt nicht.

Dieser Niedergangs-Parteitag der bürgerlichen Sozialdemokratie brachte zum Ausdruck:

1. den theoretischen Bankrott und die offene Verdammung des Marxismus durch die SPD.
2. die Fortleitung des bisherigen arbeitervariokratischen sozialfaschistischen Kurzes in verstärktem Maße und auf allen Gebieten: Unterstützung des Lohnraubs, des Sozialabbaus, Brünings Durchführung der faschistischen Diktatur, der Kulturreaktion und der imperialistischen Kriegspolitik, in erster Linie gegen Sowjetrußland.
3. die feige Kapitulation und den Rechtsmarsch der „linken“ Führer.
4. die konterrevolutionäre Einstellung der SPD gegenüber den Massen, ihre Generallinie gegen die proletarische Einheitsfront und gegen den Kommunismus.
5. die wachsende Rebellion, die Entfernung und der Abmarsch der wertvollen Mitglieder und Anhänger von der SPD.

Wir werden diese Punkte in eigenen Artikeln behandeln. Restlos ist die Sozialdemokratie mit dem Kapitalismus verschmolzen. Verfault, arbeitervariokratisch, reaktionär wie er.

Wie über den Kapitalismus so hat auch über die Sozialdemokratie die Geschichte das Todesurteil gesprochen. Es gilt für alle Arbeiter, es bewacht zu vollstrecken.

In der untergehenden verbürgerlichten Sozialdemokratie ist kein Platz für Proletariat, für Werttätige, für die aufsteigende Arbeiterklasse.

Der Platz aller Werttätigen kann nur in der roten Klassenfront, in der kommunistischen Partei sein.

Sozialdemokratische Arbeiter, zieht die Konsequenz, Macht Schluß mit der Partei der kapitalistischen Veremung. Her zu uns, Klassenbrüder! Vorwärts, zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit mit der Partei des revolutionären Aufschwunges, des Sieges des Sozialismus, mit der kommunistischen Partei Deutschlands.

## „Der Kämpfer“ 3 Wochen verboten!

Der Chemnitzer Polizeipräsident hat mit sofortiger Wirkung die kommunistische Tageszeitung „Der Kämpfer“, das Echo für das Bergland und das Kampfheft verboten. Dieses Verbot wurde verhängt im Zusammenhang mit der Enthüllung faschistischer Geheimpläne durch die kommunistische Presse. Zwei Tage vor dem Aufmarsch der hitlerischen Banden in Chemnitz und am Tage der Verkündung der neuen verhängnisvollen Notverordnung, zu gleicher Zeit, da die Metallarbeiter Sachsens den Kampf gegen den Lohnraub organisierten, wird der KPD und der KASD in Chemnitzer Bezirk das Sprachorgan geraubt! Schärfsten Verbot erhebt die gesamte faschistische Arbeiterschaft gegen diese Maßnahme der Polizeibehörden!

Daß Bourgeoisie, Brüning und Schick Schläge gegen die kommunistische Presse führen, muß jedem Klassenbewußten Arbeiter, besonders aber jedem ehrlichen sozialdemokratischen Proletarier zu der Erkenntnis bringen, daß es nur die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist, vor der die faschistischen Hilfstruppen und die herrschende

Klasse zittern. Gerade dieses unfreiwillige Geständnis der Führertrolche der kommunistischen Partei im Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital wird der Massenempörung für die kommunistische Partei und ihre Presse, muß der Massenmobilisierung zur Verhärtung der Reihen der revolutionären Organisationen einen ungeheuren Auftrieb geben!

## Gechter & Kühne, Heidenau für Streik gegen Lohnraub!

Eine Betriebsversammlung des Metallbetriebes von Gechter u. Kühne, Heidenau, sprach sich für Streik gegen jeden Lohnraub aus und beschloß, in diesem Sinne eine Aufforderung an die Generalversammlung der Delegierten ergehen zu lassen.

Die Metallarbeiter der Firma Jähnisch, Limbach, wählten einen vorbereitenden Kampfausschuß zur Führung des Streiks gegen Lohnraub.

Beschließt den Streik gegen den Lohnraub in allen Metallbetrieben, Einleiten der Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der Metallarbeiter, Streiks gegen jeden Pfennig Lohnraub. Das sind die Forderungen des zentralen vorbereitenden Kampfausschusses der von den Metallarbeitern als richtig erkannt und in immer weiteren Metallbetrieben befolgt werden.

## SPD-Studentenopposition in Berlin zur KPD

Die heutige Note Kahne veröffentlicht eine Erklärung des Arbeitskreises revolutionärer sozialdemokratischer Studenten, dessen Mitglieder bisher ausnahmslos in der SPD organisiert waren. Der gesamte Arbeitskreis erklärt damit seinen Übertritt zur kommunistischen Partei. In der Begründung wird betont, daß es nach den Ergebnissen des Leipziger Parteitages für einen wirklichen Vorwärtsschritt und Sozialismus keinen anderen Weg mehr geben kann, als die Einreichung in die KPD.

Die Mitgliederversammlung des Bergwerksverbandes in Dresden-Neustadt, die am 3. Juni im Johann-Weyer-Tunnel tagte, protestierte in einer Entschließung auf das schärfste gegen die Notverordnung der Brüning-Regierung und betont, daß die Bauarbeiter gegen diesen Raubzug mit allen Mitteln ankämpfen,